

EU-Kommission interessiert sich für Meinungen Betroffener

(kso). Die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim e.V. weist darauf hin, dass seit dem 28. März und noch bis zum 20. Juni 2018 alle EU-Bürger die Möglichkeit haben, persönliche Stellungnahmen zu der Frage abzugeben, inwiefern lärmabhängige Wegeentgelte bereits heute bei der Verringerung des Bahnlärms helfen.

Die Eisenbahn, insbesondere der Schienengüterverkehr, ist auch nach Erkenntnissen der EU-Kommission nach dem Straßenverkehr die bedeutendste und somit auch schädlichste Lärmquelle in Europa. Eine Möglichkeit den Schienenlärm

wirksam zu bekämpfen, ist die Nachrüstung der Bestandsgüterwagen mit Verbundstoff-Bremssohlen. Mit dieser technischen Lösung kann der Vorbeifahrpegel theoretisch um bis zu 10 dB und damit gefühlt um die Hälfte reduziert werden. Eine darauf abzielende EU-Durchführungsverordnung bildet aktuell den Rechtsrahmen für lärmabhängige Trassenentgelte. Der Anreiz für die Nachrüstung von ca. 160.000 auf Deutschlands Schienennetz verkehrenden Güterwaggons mit Verbundstoffbremsen besteht vor allem darin, dass durch die niedrigeren Trassenentgelte die Kosten für die Montage der neuen

Bremssohlen wieder hereingeholt werden können. Mit Hilfe der gerade laufenden Bürgerbeteiligung soll eine Bewertung der aktuellen Wirkung lärmabhängiger Trassenentgelte durch die von Bahnlärm betroffenen EU-Bürger erfolgen. Aufgrund der Ergebnisse dieser Bewertung kann die EU-Kommission bei Bedarf beschließen, die bestehende Rechtsvorschrift zu überarbeiten.

Zugriff auf die deutschsprachige Version des dafür entwickelten Online-Fragebogens erhalten Interessierte entweder über die BISS-Webseite (www.biss-hockenheim.de) oder direkt unter der Adres-

se <https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2018-rail-noise?surveylanguage=DE>.

Die EU-Kommission weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für eine faire und transparente Konsultation nur die per Online-Fragebogen eingegangenen Beiträge berücksichtigt und in den zusammenfassenden Bericht einbezogen werden können. Deshalb sei eine möglichst vollständige Bearbeitung des vorliegenden Fragebogens sehr wichtig. Vertreter der BISS haben den Fragebogen bereits aus Sicht der Bürgerinitiative beantwortet. Der erforderliche Zeitaufwand beträgt ca. zehn Minuten.